

Projekt GegenPart – Mobiles Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus in Anhalt
Schlachthofstr. 25
06844 Dessau-Roßlau
0340/ 520 980 27
buero@projektgegenpart.org
www.projektgegenpart.org



Und jetzt? Einige Gedanken zur Protestbewegung der letzten Wochen

Im Zuge der Protestwelle der letzten Wochen breitete sich ein Klima demokratischen Aufbruchs aus: Millionen von Menschen gingen auf die Straße um ihre Solidarität mit bedrohten Personengruppen zu zeigen und ein Zeichen gegen die rassistischen Vertreibungspläne zu setzen, die im Kontext des von Correctiv aufgedeckten Treffens in Potsdam unübersehbar wurden. Die Relevanz dieser Proteste ist im Kontext antifaschistischer Selbstermächtigung sowie ob ihrer symbolischen Wirkung nicht zu unterschätzen, doch zugleich droht bei Massenprotesten immer auch ein Moment des selbstzufriedenen Schulterklopfens, oder aber der Enttäuschung von Beteiligten aufgrund mangelnder Wirksamkeit.

Wir wollen in unserer Rolle als Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus mit diesem Text eine Abstraktionsebene hinzufügen und einen Blick in die empirische Forschung zu den Erfolgen rechter Parteien werfen und damit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen Perspektiven an die Hand geben, aus denen sie hoffentlich konkrete politische Forderungen und Handlungsansätze ableiten können. Dabei soll es weniger darum gehen, fertige Handlungsbausteine zu liefern, als vielmehr soziologische und historische Perspektiven greifbar zu machen, die sich hoffentlich in lokalen Kontexten fruchtbar nutzen lassen.



Zivilgesellschaftlicher Protest in Dessau; Foto: Projekt GegenPart am 23.01.2024 in Dessau

A. Deprivation und Strukturschwäche

Eine der verbreitetsten Erklärungsansätze ist die sogenannte Deprivationsthese. Diese besagt, dass vor allem Modernisierungsverlierer und ärmere Menschen wahrscheinlicher rechte Parteien zu wählen. Diese These wurde jedoch vielfach kritisiert und zugespitzt. Einerseits zeigten Studien wie beispielsweise die von Manow (2018: 90ff), dass sich unter AfD-Wähler:innen weniger Arbeitslose und geringfügig Beschäftigte finden als diejenigen, die etwas zu verlieren haben. Dabei stellte er heraus, dass Personen, die um das Jahr 2000 Arbeitslos waren der Tendenz nach 2017 eher die AfD wählten. Dies liefert einen relevanten Hinweis und hilft uns, den Begriff der Deprivation genauer zu fassen. Der Soziologe Zygmunt Bauman (2017: 119) schlägt eine Zuspitzung vor, nach der „[n]icht das absolute, ‚objektive‘ Ausmaß und die Intensität der Nöte“ bestimmend sind, „sondern die Abweichung des Ausmaßes und der Intensität der ihnen auferlegten Leiden von der ‚Normalverteilung der Leiden‘“ im jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld. Demnach sind die Wähler:innen rechter Parteien weniger tatsächlich benachteiligt als dass sie Angst um Statusverlust haben und sich teils bereits als Benachteiligte wännen. Hinzu kommt bei einigen die Erfahrung einer realen Deklassierung, also das Wissen um diese Situation.

Weiteren Aufschluss über diesen Analyseansatz bieten zwei neuere Studien von Matthias Quent (2012) und dem Leipziger Else-Frenkel-Brunswick Institut. Beide kommen zu dem Ergebnis, dass vor allem die schlechten Zukunftsperspektiven in ökonomisch schlechter aufgestellten Regionen zu hohen Zustimmungswerten für rechte Einstellungsmuster führen. Quent verglich für seine Studie Regionen in Thüringen und Hessen, dabei kam er zu dem Ergebnis, dass bei ähnlichen Strukturvoraussetzungen die Frage nach Ost oder West kaum eine Rolle spielt, die ökonomischen Voraussetzungen allerdings zuvorderst in Ostdeutschland zu finden sind. Heller et al. (2022: 179f) kommen zu dem Ergebnis, dass Strukturvariablen, wie ein niedriger Frauenanteil, der Wegzug junger Menschen und die subjektive kollektive Deprivationswahrnehmung, also eine negative Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sowie daraus folgende Abstiegsängste, mit der Ausbildung autoritärer Weltbilder korrelieren. Dabei stellen sie, ebenso wie Quent, fest, dass diese Faktoren in Ostdeutschland häufiger zu Tage treten als im Westen.

In unserer Praxis als MBT haben wir im Kontext der Protestgeschehen der letzten Jahre den Eindruck gewonnen, dass gerade der Umgang mit Krisensituationen entscheidend für den Erfolg (extrem) rechter Mobilisierungen ist. So löste sich der angekündigte „heiße Herbst“ 2022 recht schnell in Wohlgefallen auf nachdem die Bundespolitik verschiedene Entlastungspakete beschloss. Ebenso sind die Mobilisierungen, die unter dem Schlagwort „Bauernproteste“ liefen, allerdings auch größere Personengruppen umfassten, stark mit der ökonomischen Verunsicherung im Zuge der Haushaltskrise verknüpft. Zudem gibt es begründeten Anlass anzunehmen, dass die Etablierung (extrem) rechter Parteien in ganz Europa in Zusammenhang mit der Ausbreitung neoliberaler Politiken steht, in deren Folge die unmittelbare Daseinsvorsorge breiter Bevölkerungsschichten mit der Aushöhlung des Sozialstaates in Gefahr geriet. Deshalb gilt es zu betonen, dass gute Sozialpolitik zugleich auch Rechtsextremismusprävention bedeutet.

B. Politische Kultur(en) und Zivilgesellschaft

Auch wenn die Wahlergebnisse in Sonneberg, Raguhn-Jeßnitz und Pirna zurecht als Zäsur gehandelt wurden sind sie nicht vom Himmel gefallen. Um gewachsene soziale Verhältnisse zu verändern gilt es zuallererst ihre Entstehung zu verstehen. Die Region um Bitterfeld-Wolfen, zur Landtagswahl 2016 eine Hochburg der AfD, war bereits bei der Landtagswahl 1998 eine Hochburg der rechtsextremen DVU. Mannheim-Schönau, wo im Mai 1992 ein rassistischer Pogrom stattfand, war bei der Landtagswahl

1992 Hochburg der rechtsextremen Republikaner, heute der AfD. Es gibt Studien, die zeigen, dass die AfD in früheren Hochburgen der NPD besonders erfolgreich ist, ähnliches gilt für vormalige Hochburgen der NSDAP (Cantoni et al. 2020). All dies legt nahe, dass Etablierung und Erfolg (extrem) rechter Parteien im Kontext einer gewachsenen politischen Kultur zu betrachten sind. Diese schlägt sich jedoch nicht nur in Wahlergebnissen nieder (Heller et al 2023). Besonders in ländlichen Regionen Ostdeutschlands etablierte sich in den 90ern eine Form rechter Alltagskultur, die bis heute vielerorts dominant blieb. Verstärkt wurde dieser Prozess durch den Wegzug junger, gut ausgebildeter Menschen, teils weil sie sich dem rechten Konsens nicht beugen wollten (Begrich 2016: 39f). Dies steht in engem Zusammenhang mit dem Fehlen einer starken demokratischen Zivilgesellschaft, vielmehr scheint sich mancherorts auch eine Form rechter Zivilgesellschaft entwickelt zu haben. Umso wichtiger ist es diejenigen die sich dem, teils unter ernsthaften Bedrohungslagen, tagtäglich widersetzen nicht allein zu lassen. Dass es vielleicht gerade eine breite Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen sein könnte legen die Ergebnisse der Stichwahlen in Nordhausen und Bitterfeld-Wolfen nahe: Im Gegensatz zu Raguhn-Jeßnitz gab es hier Proteste, die eine gesellschaftliche Debatte anstießen. Die Herausbildung einer demokratisch orientierten politischen Kultur ist dabei weder einfach noch abgeschlossen.



Insbesondere in ostdeutschen Kleinstädten sind die Mobilisierungen gegen die extreme Rechte zu begrüßen; Foto: Projekt GegenPart am 01.02.2024 in Köthen

Ein Teil dieses Prozesses ist ob der immer lauter werdenden Unzufriedenheit mit der konkreten Ausgestaltung dieser Demokratie (EFBI 2023: 18ff) die Frage zu stellen, was genau Demokratie eigentlich bedeutet. Der Politikwissenschaftler Philip Manow (2020: 18) betonte etwa, dass der Populismus auch als Symptom systeminterner Konflikte angesehen werden kann: „Die Lager zeigen [...] auf die Fehlentwicklung der Gegenseite, um ihre Agenda zu legitimieren: ‚Demokratur‘ à la Orbán auf der einen versus post-politische Juristokratie auf der anderen Seite.“ Dies bedeutet also auch, dass es wichtig ist über Demokratieverständnisse und Repräsentationslücken zu streiten. Denn die Lücke zwischen der prinzipiell positiven Haltung der meisten Menschen zur Demokratie und ihrer

Ausgestaltung im Grundgesetz sowie dem Gefühl kaum Einfluss nehmen zu können ist ein bedenkliches Problem, dass sie als Warnzeichen für die Demokratie interpretieren, „unabhängig davon, ob man hierfür tatsächlich fehlende Mitgestaltungsmöglichkeiten oder aber unterschiedliche Vorstellungen, was Demokratie ist, verantwortlich macht.“ (EFBI 2023: 21) Dies bedeutet auch anzuerkennen, dass getroffene Entscheidungen oft das Ergebnis von Aushandlungsprozessen sind, die unter Umständen auch der eigenen Deutung einer Situation widersprechen. Ein weiterer zu bedenkender Faktor ist die von Eribon (2016) beschriebene Abkehr von traditionellen Arbeiter:innenparteien aufgrund einer vermeintlichen oder tatsächlichen Repräsentationslücke. Hier bleibt spannend, wie das *Bündnis Sahra Wagenknecht* diese Entwicklung beeinflusst. Denn mit ihrer nationalistischen Orientierung auf der einen, einem, zumindest rhetorischen, Schwerpunkt auf den „einfachen Leuten“ auf der anderen Seite könnte diese Partei ein Wählerpotential ansprechen, welches einerseits chauvinistisch eingestellt ist, ohne jedoch die rechtsextremen Tendenzen der AfD in Gänze mitzutragen. Es wäre jedenfalls nicht unplausibel, dass sie das von Eribon beschriebene Milieu erreichen könnte, vielleicht ob der Sozialpopulistischen Schwerpunktsetzung sogar besser als die AfD.

C. Unverfügbare Zukunft

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion postulierte Francis Fukuyama ein „Ende der Geschichte“. Mit den multiplen Krisen der folgenden Jahrzehnte erkannten unterschiedliche Autor:innen das unverfügbar Werden von positiven Zukunftsvisionen, so beispielsweise Mark Fisher (2020), Jan Gerber (2022) oder Zygmunt Bauman (2017). Für Gerber brach mit der Sowjetunion auch die Idee eines machbaren Sozialismus und damit eine Alternative zu dem was Fisher „kapitalistischen Realismus“ nennt zusammen, Bauman wiederum setzte sich mit Retrotopien auseinander, also einen auf eine vermeintlich „gute alte Zeit“ fokussierte Idealisierung der Vergangenheit, die mehr mit einem Utopismus im Sinne eines „nicht-Ortes“ als historischen Realitäten zu tun hat. An anderer Stelle ist die Rede von einer Gegenwart, die einerseits als „rasender Stillstand“ erfahren wird, der sich im „Abhandenkommen bedeutungsvoller Zukunft“ (Rhein 2023: 68) und damit einem starken Sinnverlust niederschlägt. Zugleich ließe sich mit Rückgriff auf Pohrt anmerken, dass aller katastrophischer Alarmismus verdrängt, dass die Katastrophe bereits geschehen ist, denn „Auschwitz affiziert alles was nach ihm kommt“ (Claussen 1988: 55).

In jedem Falle lässt sich aus dieser unverfügbaren Zukunft auch eine veränderte Rolle der Gegenwart schließen: „Statt ‚Vorwegnahme einer besseren Zukunft in der Struktur der Gegenwart‘ wird die Gegenwart unter der Erwartung seiner zukünftigen Müllhalde potentiell als drängende und bedrängte Zeit erlebbar.“ (Rhein 2023: 71) Umso mehr gilt diese These in der Zeit in der eine Krise nicht nur der vorherigen direkt folgt, sondern viel mehr deren Überlagerung als Polykrise erfahrbar wird: Die Corona-Pandemie ist nicht vorbei, da beginnt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, dem eine veritable Energie- und Wirtschaftskrise folgt, die parallel eine Verteilungskrise zur Folge hat. Dieser Verlust einer (positiven Vorstellung von) Zukunft führt in westlichen Gesellschaften auch zu einer Kränkung, da die vormals selbstverständliche Rolle, als Bürger:in eines Industriestaates zugleich auch Träger:in des weltweiten Fortschritts zu sein damit ebenfalls verloren ging. Akteur:innen aus der politischen Rechten gelingt es dabei, geschickt etwas anzusprechen, das Theodor Adorno als einen Teil der „Archaischen Erbschaft des Subjektes“ bezeichnete. Dies spricht auch dafür, dass diese assoziativen Appelle an urwüchsige Ängste bereits seit dem vergangenen Jahrhundert in das Standardrepertoire rechter Propaganda gehören (Ruttner 2010: 91)

In den von Ernst Bloch (1992 [1935]) untersuchten *Ungleichzeitigkeiten* betont dieser die scheinbar banale Erkenntnis, dass wir die Welt zwar räumlich teilen aber eben „Nicht alle [...] im selben Jetzt“ (ebd.: 104) leben. Dies schlägt sich etwa in den unterschiedlichen Lebensrealitäten in städtischen und ländlichen Regionen nieder, aber auch kulturellen Milieus in denen unterschiedliche Vergangenheiten

fortleben. Zugleich betont auch Bloch im Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme die Tragik einer „verhinderten Zukunft“ wie eine allgemeine Müdigkeit und einen vorherrschenden Nihilismus. Ebendieser Nihilismus muss dabei auch als ein Nebenprodukt politischer Propaganda gedacht werden. Denn wer nicht mehr weiß, wer und was überhaupt glaubwürdig ist neigt dazu einen gewissen Zynismus zu entwickeln und sich verbittert aus dem Diskurs zu verabschieden.



Vergangenheitsorientierte Rebellion? AfD-Demonstration in Wolfen; Foto: Presseservice Rathenow am 04.09.2023 in Wolfen

Rhein (2023) kommt im Zuge seiner soziologischen Untersuchung zu dem Schluss, dass Wähler:innen der AfD sich nach einem wortwörtlichen Ende der Geschichte, also einem tatsächlichen Untergang zu sehnen scheinen: „Schlimmer nämlich als die Katastrophe selbst wäre es, wenn diese nie käme.“ (Ebd.: S. 323) Diese Untergangssehnsucht schlägt sich bereits in der Propaganda der Rechten nieder. Seien es die Bilder einer „Asylwelle“ die uns überrolle, des seit mehr als 100 Jahren befürchteten „Untergangs des Abendlandes“, Erzählungen von der Abschaffung der Deutschen, von Überfremdung und Volkstod. Die Sozialpsychologie geht davon aus, dass in diesen Ängsten zugleich auch eine Sehnsucht nach ebenjenem Untergang steckt, in der Angst vor der Vernichtung zugleich der Wunsch selbst zu vernichten. Diese apokalyptischen Vorstellungen sind bereits in vielen Klassikern (extrem) rechter Theoriebildung zu finden, etwa bei Carl Schmitt oder Oswald Spengler. Hier gilt es vor allem deren projektiven Gehalt, also die Tatsache, dass aus vielen Ängsten zugleich auch verdrängte Wünsche sprechen können, im Blick zu behalten.

Schließlich gilt es noch einen weiteren Aspekt zu betonen, der einen Kern der Erfolge rechter Politiken bildet. Aus dem eben skizzierten apokalyptischen Gehalt folgt auch ein spezifischer Stil der Propaganda: aus der Krise wird eine Katastrophe. Damit wird aus einer handhabbaren Störung des Betriebsablaufes eine drohende Gefahr, der mit allen verfügbaren Mitteln begegnet werden muss. Dadurch werden auch starke emotionale Reaktionen mobilisiert, die nicht unbedingt bewusst ablaufen müssen, dadurch aber vielleicht sogar noch wirkmächtiger werden. Hier gilt es daran zu erinnern, dass die Furcht vor dem Untergang – man denke etwa an die Angst vor einem Atomkrieg in den 1980ern –

zu den Grundmotiven politischer Kommunikation gehört. Doch weder kam es zu einem nuklearen Showdown, noch bewahrheitete sich eine andere Untergangsfantasie.

D. „Sarrazin-Effekt“ und Bestätigung rechter Weltbilder

Die Kunst wäre es, die berechtigten Sorgen, Ängste und Nöte der Bevölkerung ernst zu nehmen ohne ihren mitunter falschen Vorannahmen und Fehlschlüssen das Wort zu Reden. Anders ausgedrückt: Wenn die Politik versucht die AfD rechts zu überholen sorgt sie nur dafür, dass deren Standpunkte als legitime verortet werden. Dabei ist der Schluss durchaus logisch: Wenn Kanzler Scholz eine konsequentere Abschiebungspraxis fordert, wird das zetern von AfD-Politiker:innen die sich über eine zu lasche Migrationspolitik beschwerten dadurch bestätigt. Wenn Friedrich Merz behauptet „Kreuzberg ist nicht Deutschland“, dann fühlen sich diejenigen, die glauben, dass Deutschland „zu einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei in ihren Annahmen bestätigt. All das führt jedoch nicht dazu, dass diese Politiker:innen in der Gunst der Rassist:innen steigen, vielmehr vermittelt dies an unsichere Wähler:innen den Eindruck, dass die AfD mit ihrer Problemanalyse eben doch Recht habe.

Studien wie „The Sarrazin Effect“ (Auer et al 2013) zeigten auch, dass allein die Präsenz von Positionen im gesellschaftlichen Diskurs sie als einen legitimen Teil des selbigen erscheinen lässt. Dies beeinflusst die Herausbildung von Individuellen Deutungsweisen insofern, als dass die Präsenz einer Aussage in der Debatte der Tendenz nach dazu führt, dass die Meinungsbildung sich in deren Richtung bewegt. Hier bleibt zu betonen, dass es Politiker:innen nur angeraten werden kann eigene Schwerpunkte und Impulse zu setzen anstatt sich von der Rechten vor sich her treiben zu lassen. Zugleich gilt es die Bürger:innen als politische Subjekte ernst zu nehmen und ihnen aber eben wegen dieses Subjektstatus auch Schwierigkeiten zu vermitteln.

E. Umfragen sind noch keine Wahlergebnisse

Bei aller berechtigten Sorge – und die Tatsache, dass etwa in Sachsen mehr als 35% der Befragten in Erwägung ziehen die AfD bei einer Landtagswahl zu wählen bietet allen Anlass dazu – darf nicht vergessen, dass diese Umfragen keine Wahlergebnisse sind. Sie sind der Ausdruck einer momentanen Stimmungslage, die als solche ernstzunehmend ist – zugleich aber eben auch flüchtig. Untersuchungen wie die Leipziger Autoritarismus-Studie zeichnen ein komplexeres, wenn auch nicht unbedingt beruhigendes Bild. Sie attestiert etwa 7,1% der ostdeutschen ein geschlossen rechtsextrems Weltbild, zugleich zeigt sie bei einzelnen Ausprägungen wie etwa der Dimension Ausländerfeindlichkeit auch Zustimmungswerte von 27,9% (EFBI 2023: 15f). Die Macher:innen der Studie fragten auch nach Wahlteilnahme und -präferenz, hier kamen sie zum Ergebnis, dass nur 62,7% derjenigen mit einem geschlossen rechten Weltbild überhaupt gedenken an der Wahl teilzunehmen, davon beabsichtigen 57,8% ihr Kreuz bei der AfD zu setzen (ebd.: 12). Dies bedeutet aber auch, dass es andere Motivationen gibt die AfD zu wählen, sei es nun die oft zitierte Protestwahl-These, ein generelles Misstrauen der etablierten Politik gegenüber oder eine Sympathie gegenüber dem vermeintlichen „Underdog“. Doch selbst diejenigen, die ein geschlossen rechtsextrems Weltbild aufweisen sind offen für Politikentwürfe der demokratischen Parteien. Doch selbst diese Leute werden nicht, wie im Vorangegangenen Kapitel dargelegt, durch den Versuch die AfD zu kopieren erreicht.

F. Fazit

Nun stellt sich die Frage, wie mit den oben dargestellten Einsichten umzugehen ist, was sich daraus für die Praxis schließen lässt. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, wollen wir zumindest ein Paar Impulse geben, die hoffentlich dazu einladen damit weiterzuarbeiten.

1. Wir leben aktuell in einer Phase der Polykrise, die daraus resultierenden Verunsicherungen sind so normal wie legitim, sie betreffen uns alle und bereiten den meisten von uns Sorgen. Ist diese Situation einmal erkannt stellt sich die Frage wie wir damit umgehen wollen. Vielleicht eine der größten Schwierigkeiten unserer jetzigen Situation ist der Verlust von Zukunftsvisionen: einerseits ist den Meisten klar, dass ein „weiter so“ kaum möglich ist, zugleich ist die einzig vorstellbare Alternative für viele der Untergang, ob in Form des Klimawandels oder rassistischer Paranoia vom Kampf der Kulturen. Wir können zivilgesellschaftliche Akteur:innen nur ermutigen, sich wieder mit der Frage zu befassen, wie **wir** unser Zusammenleben eigentlich gestalten möchten. Hier geht es weder um Vollständigkeit, noch abgeschlossene Gesellschaftsbilder, viel mehr sollte ein Austausch angeregt werden, in dem wir auch dazu in der Lage sein müssen miteinander zu streiten und anderer Meinung zu sein.
2. Die Krisen der letzten Jahre betreffen nicht Alle gleich. Insbesondere die Inflation, aber auch schon Pandemie und Energiekrise haben dazu beigetragen bereits bestehende soziale Ungleichheiten zu verstärken. Zugleich haben Studien gezeigt, dass gerade diese ökonomische Verunsicherung, gepaart mit Zukunftsängsten, ein Beschleuniger des Rechtsrucks ist. Hier gilt es daran zu erinnern, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse eben nicht in Stein gemeißelt oder gottgegeben sind, sondern Ergebnis demokratischer Aushandlungsprozesse und politischer Entscheidungen. Es bleibt essenziell darauf zu bestehen, dass wirtschaftliche Sicherheit auch eine Voraussetzung für politische Partizipation ist. Damit ist sie Garant eines stabilen demokratischen Gemeinwesens. Gute Sozialpolitik bedeutet zugleich auch Rechtsextremismusprävention!
3. Gerade in ländlichen Räumen gelang es der extremen Rechten eine gewisse Hegemonierolle zu erreichen. Umso wichtiger ist es gerade dort Akteur:innen zu unterstützen, die für eine Gesellschaft streiten, in der Alle ohne Zwang verschieden sein können. Als selbstverständlich wahrgenommene demokratische Strukturen sind in Pirna weit fragiler als in Berlin oder Hannover, nicht ohne Grund stellte David Begrich die These auf, dass die Demokratie eher im ostdeutschen Hinterland als in Berlin-Mitte verteidigt wird.
4. Trotz alledem: 2024 ist nicht 1933! Wir erleben momentan in vielen westlich orientierten Gesellschaften einen starken Rechtsruck. Zugleich ist die heutige globalisierte Welt anders verfasst als jene vor knapp 90 Jahren. Außerdem sind transnationale demokratische Strukturen anders etabliert als damals. Rechtspopulistische Regierungen wie diejenige Donald Trumps wurden abgewählt, die Postfaschistin Giorgia Meloni fällt bei der extremen Rechten in Ungnade weil sie trotz ihrer politischen Verortung die gemeinsame europäische Asylpolitik fortsetzt. Beispiele illiberaler Demokratien wie in Ungarn zeigen zwar, wie sich autoritäre Herrscher auch in der Europäischen Union festbeißen können, doch der liberale Wahlsieg in Polen belegt, dass trotz des Siegeszugs rechter Regierungen auch andere politische Entwicklungen denkbar und möglich sind. Auch im benachbarten Österreich, wo sich auch vor dem „Anschluss“ an NS-Deutschland mit dem Austrofaschismus seine eigene Spielart entwickelte, war mit der FPÖ eine rechtsextreme Partei 9 Jahre lang an der Regierung beteiligt. Sicherlich ist das weder schön, noch wünschenswert, und doch legt dieser Fakt nahe, dass moderne Demokratien wehrhafter sind als jene im Vorabend des Nationalsozialismus.

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt im Februar 2024

Literatur

- Bauman, Zygmunt und Jakubzik Frank. 2017. *Retrotopia*. Suhrkamp-E-Books Kultur- und Sozialwissenschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Begrich, David. 2016. Hoyerswerda und Lichtenhagen: Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In *Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*, hrsg. Heike Kleffner, Anna Spangenberg und Jonas Frykman, 32–44. Berlin, Brandenburg: be.bra Verlag.
- Bloch, Ernst. 1992. *Erbschaft dieser Zeit*.: Berlin: Suhrkamp.
- Cantoni, Davide, Felix Hagemeister und Marc Westcott. 2020. Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology.
http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd_draft_20200512.pdf. Zugegriffen: 7. August 2023.
- Claussen, Detlev. 1988. *Nach Auschwitz. Ein Essay über die Aktualität Adornos*. In: Diner, Dan: Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt: Fischer.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar. 2023: *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextrem Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern*. EFBI Policy Paper 2023-2. Leipzig.
https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf
- Eribon, Didier. 2016. *Rückkehr nach Reims*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Fisher, Mark. 2020. *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?* Hamburg: VSA.
- Gerber, Jan. 2022. *Das letzte Gefecht. Die Linke im Kalten Krieg*. Berlin: XS-Verlag.
- Heller, Aylene, Marius Dilling, Johannes Kiess und Elmar Brähler. 2022. Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext: Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland. In *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? : Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler, 161–184. Forschung psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Manow, Philip. 2019. *Die politische Ökonomie des Populismus*, 2. Aufl. edition suhrkamp, Bd. 2728. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip. 2020. *(Ent-)demokratisierung der Demokratie*, edition suhrkamp, Bd. 2753. Berlin: Suhrkamp.

Quent, Matthias. 2012. *Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens*, 1. Aufl. Thematische Schriften-Reihe Politische Soziologie, Bd. 1. Magdeburg: Meine.

Raab, Marius; Auer, Nikolas ; Ortlieb, Stefan A.; Carbon, Claus-Christian. 2013. *The Sarrazin effect: the presence of absurd statements in conspiracy theories makes canonical information less plausible*. In: *Frontiers in Psychology*.
<https://www.frontiersin.org/journals/psychology/articles/10.3389/fpsyg.2013.00453/full>

Rhein, Philipp. 2023. *Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus*. Frankfurt / New York: Campus

Ruttner, Florian. 2010. *Der Mythos des Radikalen. Der Verrat an Aufklärung, Vernunft und Individuum bei Georges Sorel, Georges Bataille und Michel Foucault*. In: Gruber, Alex (Hg.): *Gegenaufklärung. Der Postmoderne Beitrag zur Barbarisierung der Gesellschaft*. Freiburg: Ca Ira.